

Protokoll

über die 34. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 07.11.2016, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19.57 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Andreas Schnieber

Ausschussvorsitzender
2. stellv. Bürgermeister, ab 19.07 Uhr

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Olaf Wuttke

ab 19.10 Uhr
Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Manuel Baehr
Herr Rolf Jagemann
Herr Thomas Jung-Pünjer
Herr Günter Lutz
Frau Sandra Langbehn
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmars Scholz
Frau Martina Weisser

zu TOP 4

zu TOP 7
zu TOP 4 u.11
zu TOP 4
Bürgermeister

Schriftführerin

Stadtwerke:

Frau Agnes Fricke	zu TOP 10
Herr Adam Krüppel	zu TOP 10
Herr Christian Luhmann	zu TOP 10

Um 19:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, Herr Wuttke kündigt zum Stellenplan eine Frage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung an.

Der Ausschuss beschließt:

Beschluss

TOP 9-12.4 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Anhörung der Beiräte**
- 3.) **Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 33. Sitzung vom 12.09.2016**
- 4.) **1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**
Vorlage: BV/2016/120
- 5.) **Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2017**
- zentral verteilt -
Vorlage: BV/2016/121
- 6.) **Haushaltssatzung 2017**
- zentral verteilt -
Vorlage: BV/2016/124
- 7.) **Wahl von Schiedsfrauen oder Schiedsmännern**
hier: mündliche Erörterung zum zukünftigen Auswahlverfahren
- 8.) **Mitteilungen und Anfragen**
 - 8.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste**
 - 8.2 **Cockpitbericht zum 30.09.2016**
Vorlage: MV/2016/089
 - 8.3 **Berichtsheft 1/2016**
Vorlage: MV/2016/078
 - 8.4 **Mündliche Mitteilungen**



8.5 Schriftliche Anfragen

- 8.5.1 Zusatzanfrage der SPD-Fraktion zur Anfrage vom 09.09.2016 zum
Bau der Wohnunterkunft Steinberg
Antwort der Verwaltung wird nachgereicht**

8.6 Mündliche Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 9.) Protokollgenehmigung, hier : Nichtöffentliches Protokoll der 33. Sitzung vom
12.09..2016**

- 10.) Straßenbeleuchtung
Vorlage: BV/2016/096**

- 11.) Bauvorhaben Stadthafen
Vorlage: BV/2016/132**

12.) Mitteilungen und Anfragen

12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

12.2 Mündliche Mitteilungen

12.3 Schriftliche Anfragen

12.4 Mündliche Anfragen

öffentlich

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

1.) Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Es ist kein Beiratsmitglied anwesend.

**3.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 33. Sitzung vom
12.09.2016**

Frau Koschorrek bittet, ihren Namen in der Anwesenheitsliste aufzunehmen. Sie hatte in der Sitzung Herrn Herrmann vertreten.

Da es keine sonstigen Änderungen zum öffentlichen oder nichtöffentlichen Protokoll gibt, beschließt der Ausschuss über das gesamte Protokoll mit 9:0:2 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):



Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

- 4.) **1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**
Vorlage: BV/2016/120

Der Ausschuss beschließt einstimmig dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt die dem Originalprotokoll beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 30.10.2013.

- 5.) **Stellenplan der Stadt Wedel für das Haushaltsjahr 2017**
- zentral verteilt -
Vorlage: BV/2016/121

Vor Beginn der Beratung zu diesem TOP kündigt der Bürgermeister an, dass die Verwaltung zur 2. Lesung noch eine Ergänzung zum Stellenplan einbringen wird. Es handelt sich um eine Ingenieur-Stelle im Bereich Gebäudemanagement. Die Organisationsuntersuchung bzw. Prüfung durch die Firma PLW hat ergeben, dass in diesem Bereich eine Ingenieurstelle fehlt. Auf Nachfrage zur Kompensation der hieraus entstehenden Mehrkosten erklärt Herr Schmidt, dass Kosten eingespart werden durch den zu erwartenden Rückgang von Fehlern und dadurch nötige Nachbesserungsaufträge an Firmen. Falls noch weitere Kompensationsmöglichkeiten in Betracht kommen, wird die Verwaltung diese außerdem aufzeigen.

Ansonsten, so Herr Schmidt, gibt es keine Forderungen aus den Fachbereichen.

Herr Degener merkt an, dass im Sozialausschuss zu einer Stelle im Kinder- und Jugendzentrum unterschiedliche Aussagen getätigt wurden und zwar von der Verwaltung einerseits und den Mitarbeitern der Kinder- und Jugendzentrum andererseits. Er bittet bis zur nächsten Lesung um Klärung hierzu.

Nach kurzer weiterer Diskussion schließt der Ausschuss die heutige Debatte ohne Beschluss ab, da im Dezember-HFA eine 2. Lesung zum Haushalt ansteht.

- 6.) **Haushaltssatzung 2017**
- zentral verteilt -
Vorlage: BV/2016/124

Herr Wuttke informiert den Ausschuss zu Beginn der Beratung darüber, dass die Grünen im Planungsausschuss angekündigt hatten, zur nächsten Sitzung einen Antrag zum B-Plan 76 zum Rad- und Fußweg Mühlenstraße stellen zu wollen. Nach dem Vorschlag der Verwaltung soll die Fußgängerumgehung Mühlenstraße aus Kostengründen eingespart bzw. verschoben werden. Die Grünen wollen das nicht und werden mit dem Antrag auch einen entsprechenden Kompensierungsvorschlag vortragen.



Herr Wuttke erklärt außerdem, dass die Grünen sich heute der Stimme enthalten werden, sollte es zum Stellenplan Abstimmungen geben. Grund ist, dass bei der Grüne-Fraktion die Haushaltsklausur noch nicht stattgefunden hat.

Frau Jacobs-Emeis stellt fest, dass die ehemals vom Rat beschlossenen Leitlinien nicht mehr dem aktuellen Beschlussstand des Rates entsprechen. Trotzdem sind hierzu auf den Seiten 16 und 17 noch Aussagen aufgenommen.

Herr Amelung sagt Prüfung und ggf. Änderung zu.

Herr Kissig regt an, auf Seite 54 bei der Gesamtverschuldung auch die Kassenkredite mit anzuzeigen. Damit würde die Verschuldungskurve erheblich ansteigen und den Schuldenstand wesentlich deutlicher darstellen. Herr Scholz sagt zu, die Kassenkredite mit anzuzeigen.

Jetzt berät der Ausschuss den Haushaltsentwurf seitenweise im Bereich der Zuständigkeit des HFA, wobei Herr Scholz, Herr Amelung und Herr Schmidt diverse Fragen der Ausschussmitglieder beantworten und Erläuterungen abgeben.

Zu Seite 149 - Stadt- und Verwaltungsmarketing - führt Herr Kissig aus, dass es Gespräche mit den Fraktionen gegeben hatte hinsichtlich des geplanten Auf- und Ausbaus eines Citymanagements. Wo sollen Mittel hierzu einfließen?

Herr Amelung erklärt, dass die Verwaltung zur Zeit eine Beschlussvorlage „Verlängerung der Geltungsdauer der Leistungsvereinbarung Stadt Wedel / Wedel Marketing“ erarbeitet. In dieser wird es hinsichtlich des Leistungsumfanges die Varianten A und B geben. Einmal ein Leistungsumfang wie bisher, einmal ein Leistungsumfang, der auch den Aufbau eines Citymanagements und damit höhere Zuschusskosten enthält.

Auf Bitte der Ausschussmitglieder sagt die Verwaltung zu, die BV sofort nach Fertigstellung zu verteilen.

Im Laufe der weiteren Beratung zu diesem TOP stellt Herr Kissig Fragen zum Investitionsvolumen bei der EDV. Er möchte wissen, inwieweit die im Haushalt aufgenommenen Beträge unter dem Aspekt, dass gerade auch ein mögliches Outsourcing von EDV-Leistungen geprüft wird, realistisch sind. Herr Jung-Pünjer antwortet, dass aus eben diesem Grund z.Z. nur sehr vorsichtig Beträge eingeworben wurden und zwar für geplante Umsetzungen und Projekte, die so oder so angegangen werden müssen. Herr Amelung ergänzt, dass zunächst weitere Insellösungen geschaffen werden.

Frau Jacobs-Emeis bittet, auf Seite 237 den Betrag auszutauschen. 6090,--€ muss gestrichen und ersetzt werden durch den Betrag 13.740,-- €. Dieses, so Herr Scholz, ist richtig. Ein Austausch erfolgt.

Im Verlauf der weiteren Beratung erklärt Herr Amelung auf Nachfrage Herrn Kissigs, dass es bei Anträgen an die MLU auf jeden Fall leichter sein wird, Berücksichtigung zu finden, wenn die Stadt als Antragstellerin Mitglied bei der MLU ist, als wäre sie kein Mitglied. Ob und wann Zuschüsse aus dem sog. Hafenschlickfonds kommen werden, ist abhängig von der Elbvertiefung.

Auf die Frage Frau Borgmeyers zur Entwicklung beim Reepschlägerhaus kündigt der Bürgermeister eine Lösung für Dezember an und erläutert das Für und Wider bei einem weiteren Gaststättenbetrieb. Auf Nachfrage Frau Koschorreks macht Herr

Schmidt deutlich, dass die Stadt zur Umsetzung der baulichen Auflagen keine Sponsoren gesucht hat, sondern dass diese von sich aus an die Stadt herangetreten sind.

Nach kurzer weiterer Aussprache verlässt der Ausschuss mit Blick auf die 2. Lesung im Dezember auch diesen TOP ohne Beschlussfassung.

7.) Wahl von Schiedsfrauen oder Schiedsmännern hier:mündliche Erörterung zum zukünftigen Auswahlverfahren

Aufgrund der Kritik im letzten Rat zum seit mehr als 10 Jahre praktiziertem Verfahren hinsichtlich der Verwaltungsvorschläge zur Nachwahl der Schiedsleute ist das Thema heute auf seinen Vorschlag in die heutige Tagesordnung aufgenommen worden, so Herr Schmidt.

Die Verwaltung hat die Signale verstanden und hat kein Problem damit, bei zukünftigen Nachwahlen eine entsprechende Veröffentlichung vorzunehmen, so dass sich auch unerfahrene Interessierte um das Amt der Schiedsfrau oder des Schiedsmannes bewerben können.

Das bisherige Verfahren, nämlich hierauf zu verzichten, wurde aus rein pragmatischen und wirtschaftlichen Gründen gewählt. Beide seit langer Zeit im Amt befindliche Schiedsleute hatten Interesse an einer Fortsetzung ihrer Arbeit. Da es in keinem Fall zu Beschwerden oder Misttönen hinsichtlich der Arbeit der Schiedsleute gekommen war, sondern eher im Gegenteil die Arbeit als gut und zielführend bewertet wurde, sah die Verwaltung aus o.g. Gründen keine Problem darin, von vornherein die beiden bisherigen Kandidaten vorzuschlagen und auf eine Veröffentlichung zu verzichten.

Herr Wuttke möchte wissen, ob es weitere Verfahren mit „Soll“-Vorschriften gibt, bei denen die Verwaltung auf eine Veröffentlichung verzichtet und damit weiteren Interessierten die Möglichkeit einer Bewerbung genommen hat. Wie schon im Rat ausgeführt, hätten die Grünen - unabhängig von der Anerkennung der guten Arbeit der amtierenden Schiedsleute - die Möglichkeit einer weiteren Auswahl aus einem größeren Kreis von Bewerbern gut gefunden.

Er bittet um schriftliche Beantwortung.

In der weiteren Diskussion erklärt Herr Kissig, dass er das gewählte Verfahren der Verwaltung aus wirtschaftlichen Gründen nachvollziehen kann, allerdings meint auch Herr Kissig, hätte das Ganze unter Wegfall des Zeitdrucks in Ruhe angegangen werden können.

Herr Schmidt sagt die schriftliche Beantwortung der Frage Herrn Wuttkes zu und sagt zu, dass bei der nächsten anstehende Nachbesetzung der Schiedsleute nicht auf eine Veröffentlichung verzichtet werden wird.

8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen , Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Schmidt kündigt für den nächsten Rat eine Beschlussvorlage an, die aus Zeitgründen nicht mehr im HFA vorgelegt werden konnte. Es geht um eine Optionserklärung zu § 27 Abs. 22 des Umsatzsteuergesetzes. Durch die Erklärung

wird bis Ende 2020 der alte Rechtsstand zur Umsatzsteuer gegenüber dem Finanzamt beibehalten. Hintergrund ist, dass Auswirkungen und Auslegungen des neuen § 2b des Umsatzsteuergesetzes noch nicht absehbar sind. Die Erklärung muss bis 31.12.2016 abgegeben werden.

Herr Schmidt berichtet von einem Gespräch mit Vertretern der Medienanstalt für Schleswig-Holstein und Hamburg zu wedel.de. Marginale Änderungen bei wedel.de sind erforderlich. Hierüber wird er im nächsten HFA ausführlicher berichten.

8.2.) Cockpitbericht zum 30.09.2016
Vorlage: MV/2016/089

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8.3.) Berichtsheft 1/2016
Vorlage: MV/2016/078

Der Ausschuss nimmt das Berichtsheft zur Kenntnis.

8.4.) Mündliche Mitteilungen

Es gibt keine weiteren mündlichen Mitteilungen.

8.5.) Schriftliche Anfragen

**8.5.1.) Zusatzanfrage der SPD-Fraktion zur Anfrage vom 09.09.2016 zum Bau der
Wohnunterkunft Steinberg**
Antwort der Verwaltung wird nachgereicht

Die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der SPD liegt vor. Herr Rüdiger erklärt, dass die SPD-Fraktion die Antwort prüfen wird und ggf. darauf zurückkommen wird.

8.6.) Mündliche Anfragen

Aussagen zu Verdienstaussfällen bei nicht vorhandenem Kita-Platz durch einen
Vertreter des Städteverbandes

Frau Koschorrek berichtet von einem TV-Interview, in dem ein Vertreter des Städteverbandes zu diesem Thema erklärte, dass die Städte und Gemeinden genug Geld hierfür hätten. Dieses ist nach Ansicht Frau Koschorreks zu kritisieren. Der Sprecher soll die Städte und Gemeinden vertreten. Damit müsste er wissen, dass es den Kommunen landauf landab alles andere als finanziell gut gehe.

Herr Schmidt glaubt, dass der Interviewte ein Sprecher des Deutschen Städtetages war. Kritik gegenüber dem Schleswig-Holsteinischen Städteverband sieht er nicht.

Anfrage von Dr. Murphy zu Kosten für in Auftrag gegebene Gutachten

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Murphy sagt Herr Schmidt Beantwortung zum Dezember-HFA zu.



13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende teilt der Öffentlichkeit mit, dass zu dem TOP Straßenbeleuchtung kein Beschluss gefasst wurde und zum TOP Stadthafen beschlossen wurde, wegen eines fehlerhaften Bodengutachtens Klage einzureichen.

Um 21.30 verabschiedet Herr Dr. Bakan sich von allen Anwesenden und schließt die Sitzung.

Dr. Stephan Bakan
Vorsitzender

Martina Weisser
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

21.11.2016

